

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
17 / 2010

Auf der Suche nach Gemeinsamkeit

Gesellschaften in sozialer, religiöser und
ethnischer Vielfalt

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

■ MUSICA PRO PACE 2009

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

978-3-89971-620-7

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2009

<i>Kinder – von Armut und Chancenlosigkeit bedroht?</i> Mit Mechthild Ross-Luttmann, Ekin Deligöz und Christoph Butterwegge	15
---	----

<i>Staat und Religionen heute</i> Mit Antje Vollmer, Christian Wulff und Peter Steinacker.	37
---	----

<i>Yes, we can! – Weltpolitische Neuorientierung der Weltmacht USA?</i> Mit Jackson Janes und Karsten D. Voigt	59
---	----

<i>Failed States – Versagende Staatlichkeit als Risiko für den Frieden</i> Mit Gunter Pleuger, Lotte Leicht und Ulrich Schneckener	83
---	----

István Hiller, Budapest <i>Europa sieht Deutschland: Ungarns Weg in die Europäische Gemeinschaft</i>	109
---	-----

<i>Die Integration der Zuwanderer und ihrer Familien im europäischen Vergleich</i> Mit Armin Laschet, Paul Scheffer und Wolfgang Zank	123
--	-----

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2009**

Stefan Hanheide, Osnabrück

Demaskierung der politischen Verführung und ihrer Musik.

Zu Mauricio Kagels Hörspiel »Der Tribun« (1979) 151

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Thomas Vogtherr, Osnabrück

Juden, Christen und Muslime –

Gab es ein Europa der drei Religionen im Mittelalter? 159

György Széll, Osnabrück

Das Ende der Blockkonfrontation.

Die Veränderung der Welt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs . . . 177

Rainer Werning, Köln

Krisenkataster Südphilippinen. In einer der ältesten Konfliktregionen

Südostasiens verlief der Friedensprozess bislang im Zick-Zack-Kurs . 199

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 219

Abbildungsnachweis 225

György Széll, Osnabrück

Das Ende der Blockkonfrontation

Die Veränderung der Welt nach dem
Fall des Eisernen Vorhangs¹

Das Jahr 1989 war weit mehr als nur der Fall der Mauer und das Ende der Deutschen Teilung. Es war mehr als nur ein deutsches Ereignis – auch wenn wir uns angewöhnt haben, dies so zu sehen. Das Jahr war der vorläufige Kulminationspunkt eines schwierigen Reformprozesses vor allem in Mittel- und Osteuropa, den viele in dieser Form für unmöglich gehalten hatten. Mit dem Zerfall des ›sozialistischen Lagers‹ begann ein Wandel politischer und wirtschaftlicher Strukturen, der einschneidende Veränderungen für die ganze Welt bringen sollte. Welche Auswirkungen hat dies für Europa, für Asien, Lateinamerika und Afrika gehabt?

I. Wie kam es zu den Ereignissen im Jahre 1989? – Als wir vor 28 Jahren in Osnabrück die Veranstaltungsreihe »Colloquium Dritte Welt« begründeten, geschah dies in einer Situation von weltweit höchster Brisanz, in der Hochphase des Kalten Krieges. Hier einige Schlaglichter zur Lage:

Der NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 führte bald zu den größten Friedensdemonstrationen der Nachkriegsgeschichte. Zuvor hatten in den 1970er Jahren sowohl die Sowjetunion als auch die USA mit dem Aufbau von Mittelstreckenraketen systemen mit Nuklearsprengköpfen einen Rüstungswettlauf begonnen. Auf russischer Seite waren dies die SS-20-, später die SS-22-Raketen. Im Beschluss der NATO hieß es dann:

»Die Minister haben daher beschlossen, das LRTNF-Potential der NATO durch die Dislozierung von amerikanischen bodengestützten Systemen in Europa zu modernisieren. Diese Systeme umfassen 108 Abschussvorrichtungen für Pershing II, welche die derzeitigen amerikanischen Pershing Ia ersetzen werden, und 464 bodengestützte Marschflugkörper (GLCM).«

Der Doppelbeschluss beinhaltete aber auch folgende Absichtserklärung:

»Die Minister messen der Rüstungskontrolle als Beitrag zu einem stabileren militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und zur Förderung des Entspannungsprozesses eine große Bedeutung bei.«

Anfang 1980 kam *Ronald Reagan* in den USA als Präsident an die Macht. Er verkündete u.a., dass es sich bei der Sowjetunion um das *Empire of Evil* handle und dass die Geschichte mit einem *Armageddon* enden werde, d.h. der Schlacht zwischen Gutem und Bösem, bei der das Böse endgültig besiegt würde. Diese Aussage verbildlicht das damalige Denken des mächtigsten Mannes der Erde.

Fast parallel dazu begann eine andere Art von Umbruch im ›Reich des Bösen‹. Nachdem 1982 die Regierungszeit von Generalsekretär *Leonid Breschnew* geendet hatte und die Nachfolger *Andropow* und *Tschernenko* jeweils nur kurz amtierten, setzten sich ab 1985 moderate Kräfte unter *Michail Gorbatschow* durch, die mit *Glasnost* (Offenheit) und *Perestrojka* (Umgestaltung) einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz schaffen wollten – der Traum des ›Prager Frühlings‹ von 1968.

Nach dem Sieg der Befreiungsbewegung der Sandinisten in Nicaragua 1979 formierten sich bald mit Unterstützung des US-amerikanischen Geheimdienstes *CIA* ihre Gegner, die Contras. Konterrevolution – so sagten damals viele Kritiker – sei seit Jahrzehnten das Geschäft und die Strategie der USA.

Der Sturz des Schahs und die Rückkehr Ayatollah *Khomeinis* in den Iran trugen sich ebenfalls in dem schicksalsreichen Jahr 1979 zu.

Unter Führung Breschnews war die Sowjetunion Ende Dezember 1979 in Afghanistan einmarschiert. Die Probleme einer Intervention in dieses Land beschäftigen uns – unter veränderten Vorzeichen – noch heute.

Verschiedene sozialistische Experimente in der Dritten Welt waren aus unterschiedlichen Gründen gescheitert (Algerien, Tansania, Peru, Chile, Brasilien, Libyen) oder befanden sich unter erheblichem Druck (Ghana, Guinea, Mosambik, Angola). Aber auch die Systemkonkurrenz zwischen Indien und China beschäftigte uns damals: Welches Entwicklungsmodell wird das erfolgreichere sein? Nach den Reformen durch *Deng Xia Ping* 1978 scheint heute die Antwort aufgrund der Wachstumsraten Chinas eindeutig zu sein, insbesondere da man bei Indien, der größten Demokratie der Welt, sicher nicht von einem Vorbild für den Rest der Dritten Welt sprechen kann.

II. Der Zusammenbruch, die Implosion der Zweiten Welt: was ist 20 Jahre später davon geblieben? – 1648, 1789, 1848 und 1917 sind Zäsuren in der modernen europäischen und damit auch der Weltgeschichte. Ist 1989 in diese Reihe epochaler Ereignisse einzuordnen?

Das Jahr 1989 verlief in der ersten Hälfte keineswegs so vielversprechend für Menschenrechte und mehr Demokratie, wie es endete. Am 9. April 1989 – also noch unter Gorbatschow – wurde eine friedliche Demonstration in der georgischen Hauptstadt Tiflis mit 20 Toten blutig beendet (Manutscharjan 2009). Und auf dem Platz des Himmlischen Friedens – Tianmen – in Peking wurde eine Studierendendemonstration für eben diese Werte mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Nach Schätzungen gab es dabei über 300 Tote und Hunderte von Verletzten. Die These des weithin propagierten westlichen Entwicklungsmodells, dass die Öffnung zu kapitalistischer Marktwirtschaft in der Folge automatisch auch zu mehr Demokratie führe, wurde einerseits empirisch belegt – es gab ja die Massenbewegung in diese Richtung –, aber gleichzeitig widerlegt, indem die Herrschenden alles taten, um zu verhindern, dass diese Folge eintrat.

Die Entwicklungsmodelle nicht nur Deutschlands und Japans, sondern auch die zahlreicher anderer moderner Industrienationen (Spanien, Italien, Portugal) folgten diesem Weg keineswegs. Ganz im Gegenteil wurden sogar faschistische Regime installiert, um die Arbeiter von der politischen Macht auszuschließen und sie gleichzeitig ökonomisch zu entrechten und auszubeuten. In den meisten Ländern der Dritten Welt taten auch die USA – ähnlich wie die ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich – alles, um nach der Unabhängigkeit früherer Kolonien ihnen genehme autoritäre Regime zu installieren bzw. an der Macht zu halten, um neokoloniale Strukturen zu etablieren.

Aber kehren wir zum Schicksalsjahr 1989 zurück. Sicherlich war der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 das spektakulärste Ereignis dieses ereignisreichen Jahres. Dieser Zusammenbruch war indessen kein spontanes Ereignis, sondern das Ergebnis eines langwierigen Prozesses – wie bei allen sozialen Phänomenen. Es ist sinnvoll, diesen Prozess zu vergegenwärtigen, um seine Tragweite auch und gerade für die Dritte Welt abzuschätzen. Folgende, zeitlich parallel stattfindende Entwicklungen waren dabei von zentraler Bedeutung:

- Der Zusammenbruch des ökonomischen Systems.
- Der Zusammenbruch des politischen Systems.
- Der Zusammenbruch des ökologischen Systems.

a) *Der Zusammenbruch des ökonomischen Systems* – Der bereits erwähnte Rüstungswettlauf der 1970er und 1980er Jahre belastete zwar auch die US-amerikanische Ökonomie – z.B. im Vergleich zu Japan und Deutschland – erheblich, jedoch nicht im gleichen Umfang wie die Ökonomie der UdSSR. Dort wurden ca. 60% des akkumulierten Kapitals aufgewendet, um das Militär zu finanzieren, in den USA hingegen nur ca. 30% und in Japan bzw. (West-)Deutschland weit unter 10%. Für die DDR

im Vergleich zur BRD galt im Übrigen in etwa das gleiche Verhältnis wie das der Sowjetunion zu den USA. Bei diesen Berechnungen bleiben die zusätzlichen Kosten des staatlichen Überwachungsapparats noch weitgehend unberücksichtigt.

Dadurch und durch die Bürokratisierung wurde es den jeweiligen östlichen Ökonomien verunmöglicht, Innovationen zu entwickeln, und sie lebten von der Substanz, d.h. vollkommen veraltete Produktionsanlagen herrschten vor. Zudem wurde auch durch Rüstungshilfe an befreundete Regime sowie insbesondere durch die sowjetische Intervention in Afghanistan weiter Raubbau an den eigenen Ressourcen getrieben.

Der ökonomische Zusammenbruch war für jeden kritischen Beobachter absehbar, jedoch übertrieb z.B. die CIA in ihren Berichten die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) aus Eigeninteresse maßlos. So wurde die DDR-Wirtschaft noch 1988 als leistungsfähiger als die Italiens und fast auf gleicher Stufe mit Großbritannien stehend eingestuft. Wenn dies so wäre – so das Kalkül des CIA –, dann müssten die USA und die NATO weitere erhebliche Anstrengungen unternehmen, um den Rüstungswettlauf zu gewinnen. Gleichzeitig wurden aber zunehmend Kredite an die COMECON-Länder gewährt oder *Barter*-Tauschgeschäfte (d.h. direkter Tausch von Produkten) praktiziert. Berühmt geworden sind die Milliarden-Kredite der Bundesrepublik an die DDR, vermittelt durch den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten *Franz-Josef Strauß* und den DDR-Unterhändler *Schalck-Golodkowski*. Ohne diese Kredite wäre die DDR-Wirtschaft, und damit deren soziale Legitimation, schon Jahre zuvor zusammengebrochen. Man kann davon ausgehen, dass große Teile des Westens selbst nicht an den ökonomischen Zusammenbruch des Sowjetsystems geglaubt hatten und daher selbst davon überrascht worden waren.

b) Der Zusammenbruch des politischen Systems – Der Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit wurde in allen Warschauer-Pakt-Staaten immer evidenter. Die sog. Volksrepubliken hatten zwar vorbildliche Verfassungen, sie beteiligten die Bürger aber nur formal an Wahlen und Entscheidungen. Politische und Meinungsfreiheit gab es nicht. Nach den Aufständen in der DDR, Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren wurde es – auch aufgrund der modernen Massenmedien – immer schwieriger, die politische Kontrolle aufrechtzuerhalten. Einige Länder gingen auf Kompromisse ein (Ungarn, Polen, Tschechoslowakei), indem gewisse Freiheiten gewährt wurden, z.B. eine bedingte Reisefreiheit. Andere – insbesondere die DDR in ihrer Frontstellung und mit West-Berlin als Stachel in der eigenen ›Hauptstadt der Republik‹ – versuchten mit Mauer und aller Gewalt, die

Bevölkerung mundtot und gefügig zu machen. Die Demokratie- und zunehmend auch Umweltbewegungen haben letztlich zum sog. Helsinki-Prozess seit 1975 wesentlich beigetragen, den eine Folge von blockübergreifenden »Konferenzen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« (KSZE) der europäischen Staaten angestoßen hatte. Jedoch wurde diese Phase der Annäherung, in die auch die Ostverträge etc. der Brandt-Regierung einzuordnen sind, relativ schnell durch den NATO-Doppelbeschluss beendet.

Wie formulierte Gorbatschow am 9. Oktober 1989 auf dem Parteitag der SED sinngemäß? Zitiert wird immer wieder der Satz: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.« Wörtlich sagte er vielmehr:

»Ich glaube, Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren. Und wer die vom Leben ausgehenden Impulse – die von der Gesellschaft ausgehenden Impulse aufgreift und dementsprechend seine Politik gestaltet, der dürfte keine Schwierigkeiten haben, das ist eine normale Erscheinung.«

Die »Dominotheorie«, die von den USA bei ihren Interventionen im früheren Indochina in den 1960er und 1970er Jahren vertreten worden war, erfüllte sich jetzt mit umgekehrten Vorzeichen: Nach Ungarn kippte mit der DDR, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Rumänien, Albanien und den Baltischen Republiken ein sozialistisches Regime nach dem anderen innerhalb weniger Monate. Das Sowjetreich zerfiel, aus der Sowjetunion wurde die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) mit zwölf Mitgliedern, die ein Gegengewicht zu den USA und der EU bilden sollten. Diese Gemeinschaft ist durch Dauerkonflikte nicht nur innerhalb Russlands (Tschetschenien, Ossetien), sondern auch zwischen den Mitgliedern Russland und Ukraine sowie zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Enklave Berg-Karabakh und zwischen Russland und Georgien um Südossetien und Abchasien gekennzeichnet, die sogar zu bewaffneten Konflikten führten.

Gorbatschows Versuch eines ›Sozialismus mit menschlichem Antlitz‹ wurde durch den *Jelzin*-Putsch im August 1991 jäh beendet. Dieser Umsturzversuch wurde von reaktionären Kräften sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion getragen und erhielt auch Unterstützung durch den Westen (insbesondere durch US-Präsident *George Bush sen.*, aber auch durch die damalige Bundesregierung unter *Helmut Kohl*). Er führte letztlich zu chaotischen, korrupten Strukturen in Russland, mittels derer – wie zu Breschnews Zeiten – staatliche Kräfte, zuvorderst auch der Geheimdienst (Putin lässt grüßen), der russische militärisch-industrielle Komplex, Oligarchen und die Mafia ein Netz der Ausbeutung und Unterdrückung wiederaufgebaut haben.

c) *Der Zusammenbruch des ökologischen Systems* – Der real existierende Sozialismus hatte nicht nur Raubbau an den Menschen betrieben. Ebenso geschah dies an der Natur. Die Natur erschien unendlich – insbesondere in den Weiten der Sowjetunion. Bekannt wurden aber auch die Giftmüllexporte in die DDR, die diese dankbar gegen harte Devisen annahm – ein Verhalten wie in einer Reihe von Dritte-Welt-Ländern. Dabei steht diese Politik in diametralem Gegensatz zu Marxschen Positionen, wie es *Wolfgang Mehte* bereits 1981 nachgewiesen hat. Man kann sogar sagen, dass *Karl Marx* einer der ersten war, der die zunehmende Umweltzerstörung durch den Kapitalismus registrierte und analysierte.

Nachdem im Westen seit den 1970er Jahren zahlreiche Umweltbewegungen und Grüne Parteien entstanden waren, inspirierten diese Bewegungen auch Akteure in die sozialistischen Ländern. Dabei hatte das Engagement in einer Umweltbewegung für den Einzelnen den Vorteil, dass dieses nicht direkt als politisches Engagement galt und lange Zeit von Repression verschont blieb.

Zur Beantwortung der Frage nach der Situation 20 Jahre nach der Implosion der Zweiten Welt erscheint ein Blick auf die verschiedenen Militärbündnisse sinnvoll, die ein wesentliches Element der Blockkonfrontation bildeten. Die Einkesselung der Sowjetunion seitens der USA gelang nur teilweise durch die verschiedenen Militärbündnisse.

Aus der nebenstehenden Übersicht wird deutlich, dass der Hauptpakt der Sowjetunion, der Warschauer Pakt, mit ihrem Zusammenbruch endete, aber dass auch drei wesentliche US-amerikanische Pakte in der Dritten Welt (SEATO, CENTO, CONDECA) schon während des Kalten Kriegs Ende der 1970er Jahre ausliefen.

III. Die Blockfreien Staaten – Wenn man vom Ende der Blockkonfrontation spricht, so sollte nicht übersehen werden, dass es bereits seit Mitte der 1950er Jahre eine Gegenbewegung gab: die Bewegung der Blockfreien Staaten. 1955 fand ein erstes Treffen von 23 Staaten im indonesischen Bandung statt, einberufen von Jugoslawiens Staatschef *Tito*. Derzeit gehören 118 Mitgliedstaaten dieser Bewegung an. Sie repräsentieren 55% der Weltbevölkerung und machen zwei Drittel der UN-Mitgliedstaaten aus. Die treibende Kraft dieser Bewegung war Jugoslawien. Das Land hatte sich bereits 1948 dem Sowjetsystem entzogen. Dies war möglich, da sich Jugoslawien unter *Tito* ohne sowjetische Hilfe von der deutschen Besatzung befreien konnte. Als Alternative zum Stalinschen Dogma »Erst die Wirtschaft, dann die Demokratie« wurde vom slowenischen Ökonomen *Edvard Kardelj* das Modell des Selbstverwaltungssozialismus entwickelt und eingeführt, das später auch vielen Dritte-Welt-Ländern als Dritter Weg zwischen Staatssozialismus und Kapitalismus dienen sollte (dies war der

Fall in vielen befreiten Territorien während der Unabhängigkeitskämpfe in der Dritten Welt; flächendeckend danach in Algerien, Tansania, Libyen, Mosambik, Angola, Guinea-Bissau, Ghana, Namibia, Peru, Chile, Brasilien, Venezuela, VR Jemen, aber auch Malta und Frankreich unter *Mittlerand*). Darauf aufbauend entstand, aber sich von der Bewegung der Blockfreien Staaten differenzierend, 1964 die »Gruppe der 77« – alles Dritte-Welt-Länder –, die derzeit 133 Mitglieder umfasst.

Tabelle 1: Militärbündnisse seit 1945

<p><i>Bestehende Militärbündnisse</i></p> <ul style="list-style-type: none">▪ NATO in Nordamerika und Europa (seit 1949)▪ WEU in Europa (seit 1954); mit der Verzahnung von Mitgliedschaften in der Europäischen Union und NATO wurde das Konzept einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) geführt.▪ OVKS in Europa und Asien (seit 2002), Sicherheitspartnerschaft der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), siehe auch: Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO)▪ ANZUS-Pakt zwischen Australien, Neuseeland und den USA (seit 1951)▪ ANZUK-Pakt zwischen Australien, Neuseeland, Großbritannien, Malaysia und Singapur (seit 1971)▪ Interamerikanischer Verteidigungspakt (Rio-Pakt) (seit 1947)▪ Arabische Liga (seit 1945); per Zusatzabkommen wurde 1950 ein kollektiver Verteidigungspakt abgeschlossen, bis heute aber ohne Wirkung. <p><i>Frühere Militärbündnisse nach dem Zweiten Weltkrieg</i></p> <ul style="list-style-type: none">▪ Warschauer Pakt zwischen der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas (1955 bis 1991)▪ VKS, Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa und Asien der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (1992-2002)▪ SEATO in Südostasien (1954 bis 1977)▪ CENTO im Nahen Osten (1955 bis 1979)▪ Balkanpakt (1954-1974)▪ Central American Defense Council (CONDECA), Zentralamerikanischer Verteidigungsrat

IV. *Folgen des Endes der Blockkonfrontation für die Erste Welt* – Mit dem Ende des Sowjetimperiums erklärte der Japan-Amerikaner *Francis Fukuyama* 1992 »Das Ende der Geschichte« für gekommen. Damit war gemeint, dass nunmehr das kapitalistische Entwicklungsmodell ohne Alternative sei und sich damit ungehindert entfalten könne. Dass diese Einschätzung, dieser Traum eine Fehleinschätzung war, zeigte sich sehr bald. Der Ungarn-Amerikaner *George Soros* warnte bereits 1998 in seinem Buch *Die Krise des globalen Kapitalismus – Offene Gesellschaft in Gefahr* vor den Gefahren einer globalen Finanzkrise durch einen unkontrollierten Kapitalismus, der gefährlicher sei als der Stalinismus.

Von anderer Seite kam die Warnung des US-Amerikaners *Samuel Huntington*, der einen *Clash of Civilizations* befürchtete. Auch diese Befürchtung ist bedauerlicherweise eingetreten und materialisiert sich im sogenannten »Kampf gegen den Terror«.

An Stelle einer »Friedensdividende«, auf die der frühere deutsche Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger *Willy Brandt* hoffte, kam es zu einer Renaissance des Nationalismus, des Regionalismus und des Autonomiestrebens zahlreicher Völker. Jahrzehntelange, jahrhundertelange Unterdrückungen brachen auf.

Erinnert sei daran, dass alle modernen Nationalstaaten durch »Blut und Tränen«, d.h. durch Gewalt geeint und errichtet wurden. Es gab nur zwei staatliche Vereinigungen seit 1989 (Deutschland und Jemen), aber etwa zwei Dutzend neuer Staaten durch Teilungen und Abspaltungen:

- Die Sowjetunion spaltete sich auf in: Russland, Estland, Lettland, Litauen, Weißrussland, Ukraine, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Armenien, Aserbaidschan, Kirgisistan, Republik Moldau, Tadschikistan und Georgien (+14);
- die Tschechoslowakei trennte sich in die Tschechische Republik und die Slowakei auf (+1);
- aus Jugoslawien entstanden Slowenien, Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Kosovo (+6);
- Timor-Leste spaltete sich von Indonesien und Eritrea von Äthiopien ab (+2);
- und auch Grönland und die Färöer streben nach Unabhängigkeit von Dänemark. Von den vielen anderen Autonomiebewegungen, die bisher nicht erfolgreich waren, ganz zu schweigen.
- In Spanien kämpft die ETA weiter, auch in Korsika gibt es noch immer eine Unabhängigkeitsbewegung, während in Nordirland die IRA die Wiedervereinigung anstrebt.
- Die Autonomiebewegungen in Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien führten zu einer Regionalisierung mit mehr oder weniger starker Autonomie.

Die Deutsche Vereinigung wurde nur möglich unter der Bedingung einer EU-Integration: Dies erfolgte durch die Maastrichter Verträge 1992 und die Einführung des Euro als Leitwährung, um die DM abzulösen. Insbesondere Großbritannien und Frankreich hatten Angst vor einem wieder erstarkten, hegemonialen Deutschland. Im Gefolge dieser Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wie es in der UN-Charta verankert ist, flammten Nationalchauvinismus, Neofaschismus sowie Rassismus auf. Gleichzeitig kam es – teilweise sehr eng damit verbunden – zu einer Renaissance der Religionen und des Fundamentalismus.

Am Rande Europas schwelt seit 1974 der Zypernkonflikt zwischen den beiden NATO-Mitgliedern Griechenland und Türkei, wenn es auch Fortschritte bezüglich einer Wiedervereinigung in den letzten Jahren gab.

Ecksteine für eine Annäherung bzw. eine Integration zwischen ehemals sozialistischen Ländern und dem Westen waren die NATO-Erweiterungen:

- 1999 um Polen, Ungarn und die Tschechische Republik;
- 2004 um Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien;
- 2009 um Albanien und Kroatien.
- Georgien sowie die Ukraine stehen noch auf der Warteliste.

Den NATO-Beitritten folgten die Erweiterungen der EU in den Jahren 2004 und 2007. Nunmehr umfasst die EU zehn ehemalige sozialistische Länder. Kroatien, Serbien und Albanien sowie die Türkei befinden sich in Beitrittsverhandlungen.

So kann man als Resümee festhalten, dass das von Gorbatschow angestrebte ›Europäische Haus‹ immerhin zum Teil verwirklicht wurde. Aber die Hauptfrage, ob es ein Europa der Nationen oder der Regionen werden soll, ist gerade im Prozess einer europäischen Verfassung bzw. des Lissabon-Vertrags leider zugunsten der Nationen beantwortet worden.

In Hinblick auf Demokratisierung sind auch in der Ersten Welt seit 1989 einige Fortschritte zu beobachten. ›Runde Tische‹ und Bürgerrechtsbewegungen des Ostens machten Schule auch im Westen; Umweltbewegungen und Grüne Parteien existieren nunmehr fast überall und haben damit die politische Kultur positiv verändert. Dazu passt leider nicht die niedrige und weiter sinkende Wahlbeteiligung, insbesondere in den ehemaligen sozialistischen Ländern. Schien das Ende des Sozialismus – vergleiche Fukuyama – ein für alle Mal besiegelt zu sein, so sind doch sowohl in West- als auch in Osteuropa immer wieder sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien an der Regierung – wie derzeit in Griechenland. Die Widersprüche des real existierenden Kapitalismus – man denke an die globale Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren nationalen und regionalen Auswirkungen – rufen geradezu nach Alternativen.

Ein anderer positiver Aspekt des Endes der Blockkonfrontation ist, dass nach Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten immerhin die Anerkennung des an der Urbevölkerung Australiens, Kanadas und Lateinamerikas begangenen Unrechts und Entschuldigungen dafür seitens der Regierungen erfolgt.

Schließlich seien die G7-Staaten angesprochen: 1994 wurde die Gruppe unter Einbeziehung Russlands auf acht erweitert. Und seit dem Treffen 2008 wird die G8- durch die G20-Gruppierung ersetzt, d.h. dass nunmehr die Länder der neuen Zweiten Welt, die bereits in den letzten Jahren zeitweise beratend teilnahmen, richtigerweise als Vollmitglieder mitwirken.

V. Die neue Zweite Welt – An die Stelle der alten Zweiten Welt, das Sowjetimperium, ist eine neue Zweite Welt getreten. Die zuvor als ›Schwellenländer‹ bzw. Transformationsökonomien bezeichneten Länder haben seit 1989 gewaltige Entwicklungen vollzogen. Waren es zunächst die vier sog. südostasiatischen ›Tigerstaaten‹ (Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea), die aufgrund ihrer raschen wirtschaftlichen Entwicklung Aufmerksamkeit erregten, so sind es mittlerweile die sogenannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China), die im Vordergrund des Interesses stehen. Nicht nur die Wachstumsraten sind weiterhin atemberaubend – globale Krise hin und her –, auch die schiere Größe dieser Länder mit insgesamt fast der Hälfte der Menschheit gibt ihnen großes Gewicht.

Obwohl sich China offiziell weiterhin als Entwicklungsland sieht, trifft dies offensichtlich für den überwiegenden Teil der Wirtschaft und einen großen Teil der Gesellschaft nicht mehr zu. Wesentliche Ereignisse nach 1989 waren die Wiederintegration von Hongkong und Macao in das Reich der Mitte. Taiwan steht weiterhin unter dem Schuttschirm der USA. Der Zusammenbruch seines autoritären Regimes und die ersten freien Wahlen sowie der Sieg der Unabhängigkeitspartei sind jedoch ohne das Ende der Blockkonfrontation nicht denkbar. Die Demokratisierungsbewegung machte auch vor Südkorea nicht halt, obwohl die letzte, seit Ende des Zweiten Weltkriegs infolge eines Krieg eingetretene nationale Teilung trotz der ›Sonnenscheinpolitik‹ des 2009 verstorbenen Präsidenten *Kim Dae Jung* bei Weitem nicht überwunden ist.

Bei der ökonomischen Aufholjagd der asiatischen ›Tiger‹ standen autoritäre Regime bzw. der Kolonialstatus Hongkongs im Vordergrund. Als Erfolgserklärung wurde die Verankerung im Konfuzianismus bemüht. Zweifelsohne hat auch in der VR China der Konfuzianismus als herrschende Weltanschauung den Marxismus-Leninismus bzw. Maoismus ersetzt – trotz der Riesenplakate und Statuen von Mao auf dem Platz des Himmlischen Friedens. China hat in den letzten Jahren weltweit über 250 Konfuzius-Institute gegründet, so vor Kurzem selbst eines in Osnabrück.

Russlands Entwicklung in den letzten beiden Jahrzehnten ist durch zahlreiche Widersprüche gekennzeichnet. Es lebt weiter fast nur von der Substanz, d.h. von seinen natürlichen Ressourcen, insbesondere vom Export von Öl und Gas. Hierbei tun sich neue Konfliktfelder auf: Dank des Klimawandels sind die Rohstoffe in der Arktis zugänglich. Aber auch die Nutzung der Antarktis ist umstritten.

Seit dem Ende der Sowjetunion kontrollieren Oligarchen, die Mafia und der Staatsapparat – großenteils mit Wurzeln im Breschnew-System – die Wirtschaft und die Politik. »Gelenkte Demokratie« wird das heutige System von *Wladimir Putin*, früherer KGB-Offizier, bisher Präsident und nunmehr Premierminister, genannt. Diese Renaissance Russlands, die ganz offen an die Traditionen des Zarenreichs anknüpft, verläuft parallel mit einem Wiedererstarken der orthodoxen Kirche. Es gab nie so viel soziale Ungleichheit in Russland wie heute – außer in Zeiten des Zarenreichs.

Diese soziale Ungleichheit ist überhaupt ein Kennzeichen der neuen Zweiten Welt. Aber auch die soziale Ungleichheit in der Ersten Welt hat seit dem Ende der Blockkonfrontation dank eines ungezügelten Neoliberalismus zugenommen. Neben den USA haben China, Indien, Brasilien und Südafrika die höchsten Werte beim *Gini*-Koeffizienten, der soziale Ungleichheit misst. Am Rande sei bemerkt, dass die skandinavischen Länder sowie Japan noch immer die egalitärsten Länder auf der Erde sind.

Indien verdankt seinen Aufstieg in die neue Zweite Welt seit 1989 einer gewissen Liberalisierung, obwohl es nach seiner Verfassung noch immer ein sozialistisches Land ist. Zweifelsohne hat es erhebliche Fortschritte gerade auch im High-Tech-Bereich seither gegeben. Aber die Gesellschaftsstruktur ist weiterhin durch das Kastensystem geprägt. Die sog. *scheduled castes and tribes*, die *Dalits* oder »Unberührbaren« sowie die Stämme der Ureinwohner, machen ca. ein Viertel der Bevölkerung von über einer Milliarde aus. Jahrtausendealte Tiefenstrukturen, die auch in China und in Europa nicht unbekannt sind, sind nicht über Nacht zu verändern.

Insbesondere der Grenzkonflikt mit Pakistan um Kaschmir hat auch den Konflikt zwischen Muslimen (ca. 10% der Bevölkerung) und der Hindu-Mehrheit verschärft. Ein sehr radikaler Hindu-Fundamentalismus ist mittlerweile entstanden. Aber auch an anderen Stellen brodeln es: Sowohl in den Bergregionen als auch z.B. in Orissa kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Ein weiteres Land dieser neuen Zweiten Welt ist die Republik Südafrika. Das Ende des Apartheid-Regimes 1994 nach vielen Jahrzehnten der Unterdrückung der Mehrheit der Bevölkerung mit *Nelson Mandela* als erstem frei gewählten Präsidenten ist nicht vom Ende der Blockkonfrontation zu trennen. Denn der ANC wurde wegen seines Anteils von Kommunisten und Sozialisten vom Westen als Gefahr betrachtet, während wieder

rum die Sowjetunion eben aus diesem Grunde den ANC, aber auch die SWAPO in Namibia, das von Südafrika bis 1990 besetzt war, wie andere Freiheitsbewegungen in Afrika unterstützte. Seit dem Ende der Apartheid versucht der ANC, eine ›Regenbogengesellschaft‹ mit elf Landessprachen aufzubauen. Neben den Problemen des *Black Empowerment* stehen diesem Traum die weitverbreitete Kriminalität, aber auch der hohe Anteil der an AIDS erkrankten Bevölkerung entgegen. Zweifelsohne waren die Hoffnungen der großen Mehrheit der Bevölkerung – wie fast in allen anderen Fällen des Regimewechsels – viel zu groß, um sie in einem absehbaren Zeitraum zu verwirklichen. Daneben muss Südafrika aber auch als Regionalmacht berücksichtigt werden. Es hat noch immer – insbesondere nach der Fusion von Befreiungsarmee und traditionellen Streitkräften – das stärkste Militär Afrikas.

Vierter im Bunde der BRIC-Länder ist Brasilien. Als bevölkerungsreichstes Land Lateinamerikas mit einer Einwohnerzahl von ca. 190 Millionen und einem Territorium von fast 9 Millionen km² ist es eine Großmacht – auch wenn große Teile des Landes sich noch im Entwicklungsstadium befinden. 1985 endete die Militärdiktatur mit sogenannten freien Wahlen, jedoch hatte das Militär bis 1990 weitgehend die Kontrolle. Trotz eines sozialistischen Präsidenten seit 2002, *Luiz Inacio Lula*, gibt es eine der höchsten Kriminalitätsraten der Welt, Korruption und die Unterdrückung der Naturvölker. Aber es gibt Hoffnung: Die Landlosenbewegung will mit den feudalen Strukturen auf dem Lande brechen, und im Januar 2001 fand zum ersten Mal das seither mehrfach wiederholte »Weltsozialforum« in Porto Alegre statt. 1991 begründete Brasilien den Mercosur / Mercosul, einen Zusammenschluss von fünf Ländern (mit Argentinien, Paraguay, Uruguay und Chile als assoziiertem Mitglied), der nach europäischem Vorbild ein Gegengewicht zu den USA bilden soll.

Die weiteren G20-Länder sind: Argentinien, Australien, Indonesien, Mexiko, Saudi-Arabien, Südkorea und die Türkei. Außerdem ist die Europäische Union (EU) ein eigenständiges Mitglied.

VI. Die Folgen für die Dritte Welt – Die Blockkonfrontation hatte in der Regel auch ein stabilisierendes Element, sowohl in der Ersten als auch in der Zweiten und Dritten Welt. Ausnahmen bestätigen diese Regel: Sowohl die eine als auch die andere Seite versuchte in manchen Situationen einen Wettbewerbsvorsprung zu erreichen, indem in Bürgerkriegssituationen eine Seite bekämpft bzw. gefördert wurde. Diese Konflikte wurden als Stellvertreterkriege bezeichnet. Dies galt für die bereits erwähnten Konflikte in Afghanistan, Nicaragua, Kuba, Chile, Kongo, im südlichen Afrika etc.

Schien mit 1989 schon das Ende des Sozialismus eingeläutet worden zu sein, so gibt es doch bis heute sozialistische Regime in der Dritten Welt in China, Nordkorea, Cuba, Vietnam und Laos.

Nach dem Verlust des Supermachtstatus ist Russlands Bestreben, zumindest als Regionalmacht die Hegemonie zu wahren, zwar geschmälert, aber weiterhin ungebrochen, denn es verfügt mit einer Fläche von 15 Mio. km² über das größte Territorium der Erde. Im Gegensatz zu den USA hat Russland nicht die Kapazitäten, außerhalb seines Territoriums militärisch zu intervenieren. Es hat zudem genügend Probleme, sein eigenes Haus und seine Grenzen zu sichern.

Einige weitere Brennpunkte seien erwähnt:

- Wenn auch der Vietnam-Konflikt 1975 mit der Niederlage der USA scheinbar beendet war, so dauerte es doch noch zwei Jahrzehnte, bis diplomatische Beziehungen zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern hergestellt wurden. Zu dem früheren französischen Indochina gehören aber auch Kambodscha und Laos.
- Die ›Achse des Bösen‹ bestand nach einem Ausspruch des früheren US-Präsidenten *George W. Bush* im Jahr 2002 aus dem Iran, Nordkorea und Irak. Afghanistan war kurz zuvor besetzt worden, und das Problem ›Irak‹ schien mit dem Einmarsch der US-Truppen und ihrer Alliierten im April 2003 gelöst. Leider sind wir mittlerweile eines Schlechteren belehrt worden (Széll 2004). Auf der Tagesordnung der Neokonservativen stand auch noch der Regimewechsel im Iran und in Nordkorea, bevor sie im November 2008 abgewählt wurden. Aber sie geben sich nicht endgültig geschlagen.
- Drei bisherige Golfkriege sind Lehrstücke für die Konfliktentwicklung und -verarbeitung in der Dritten Welt. Der *erste Golfkrieg* 1980-1988 fand zwischen dem Iran und dem Irak statt – zwei ›bösen Mächten‹ laut der Sprachregelung von *George W. Bush*. Nach der iranischen Revolution glaubte das Regime von *Saddam Hussein* – aus Angst vor einem Erstarken religiöser Kräfte und insbesondere der Schiiten im Irak –, die momentane militärische Schwäche Irans ausnutzen zu können. Der Westen unterstützte den Angriffskrieg des Irak massiv mit Waffen, einschließlich chemischer und biologischer Waffen, um das als größeres Übel betrachtete islamische Regime im Iran zu stürzen. – Der *zweite Golfkrieg* fand 1990-1991 unmittelbar im Anschluss an die Transformationen in Europa statt. Es wird noch immer diskutiert, ob die Administration von *Bush sen.* *Saddam Hussein* eine Falle gestellt habe, um letztlich einen Vorwand für seine Eliminierung bzw. zumindest Schwächung und für den Aufbau von US-amerikanischen Militärbasen im gesamten Nahen und Mittleren Osten zu haben. Dies war auf jeden Fall ein wesentliches Ergebnis. Der damalige US-Außenminister *Baker*

antwortete auf die Frage nach den Gründen der US-Intervention, es gäbe drei: »*Money, money, money*«. – Schließlich der *dritte Golfkrieg* seit 2003 und bis heute, also inzwischen länger als der Zweite Weltkrieg. Dieselbe Logik, wie schon von Baker formuliert, gilt auch weiterhin, obwohl sie mittlerweile mit dem Kampf gegen das Böse und dem Kampf für Freiheit und Demokratie überhöht wird. Aber die Doppelmoral der USA hat sich nicht geändert. Es geht in erster Linie um US-amerikanische Interessen: *America first!* Wenn auch George W. Bush jun. ein Prototyp dieser Haltung ist, die zudem bei Bedarf mit religiösen Werten operiert, so wird es *Barack Obama* schwer haben, sich gegen die *vested interests* durchzusetzen.

- Diese Problematik wird insbesondere deutlich an Hand der Afghanistan-Intervention. Für Obama schien es leichter, sich für einen schnellen Rückzug aus dem Irak zu entscheiden und sich beim Kampf um die Freiheit auf Afghanistan zu konzentrieren. Die Afghanistan-Intervention gegen die Taliban, Al-Qaida und *Osama Bin Laden* war nach dem 11. September 2001 auf weltweite Unterstützung und Billigung durch den Weltsicherheitsrat gestoßen. Dabei war schnell vergessen worden, dass ähnlich wie beim Irak, die USA zuvor die Taliban und Al-Qaida massiv in deren Kampf gegen die UdSSR unterstützten. *Osama Bin Laden* war gar zeitweise ein CIA-Agent.

Eben diese Arroganz der Macht hat dazu geführt, dass – obwohl in Lateinamerika mit *Che Guevaras* Tod der endgültige Sieg über den Sozialismus / Kommunismus im Hinterhof der USA gelungen schien – sozialistische Bewegungen in Verbindung mit dem Aufstand der indigenen Bevölkerung zu neuer Blüte kamen. Nicht nur *Hugo Chavez* in Venezuela, sondern mittlerweile auch die Regierungen in Ecuador, Bolivien, Brasilien und Chile knüpfen an soziale und sozialistische Traditionen an.

Bei der Betrachtung der diversen US-Interventionen seit dem Zweiten Weltkrieg ist festzustellen, dass fast alle gescheitert sind: Vietnam, Somalia, Nicaragua, Iran, Haiti etc. – mit Ausnahme vielleicht von Grenada und der Dominikanischen Republik. Ganz im Gegenteil, die Interventionen haben zumeist Gegenbewegungen produziert, die das Problem weiter verschärft haben. So erscheint die US-Politik wie Goethes Zauberlehrling, der den Besen, dem er das Hexen lehrte, am Ende nicht mehr kontrollieren kann. Dass es der Sowjetunion und den ehemaligen Großmächten Großbritannien, Frankreich und Portugal nicht besser erging, ist sicherlich kein Trost.

So sind die französischen Hegemoniebestrebungen im ehemaligen französischen Kolonialreich, insbesondere hinsichtlich der Ölvorkommen (Gabun), aber auch für geostrategisch wichtige Positionen, keineswegs beendet und wurden gar unter François Mitterrand zwischen 1981 und

1995 fortgesetzt. Ein Instrument ist der Rat der Frankophonie, der immerhin 44 Staaten einbezieht. So stießen und stoßen französische sowie belgische Kapitalinteressen mit den US-amerikanischen aufeinander, wie es seit Jahrzehnten im früheren belgischen Kongo der Fall ist.

Aber auch Großbritanniens *Commonwealth* ist keineswegs auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet. Zwar hat das Empire mit einer massenhaften Immigration zurückgeschlagen, aber trotzdem ist die Stärke des Finanzplatzes London nicht ohne die weltweite Vernetzung des ehemaligen Imperiums zu erklären.

Die neue und vielleicht gefährlichste Dimension von Konflikten in der Dritten Welt ist die Zuspitzung religiöser Konflikte. Wie bereits in den ehemaligen sozialistischen Ländern ersichtlich, ist Marx' Vorhersage, dass die Religion als ›Opium des Volkes‹ zum Aussterben verurteilt sei, keineswegs eingetroffen. Die Grenzen der Aufklärung scheinen erreicht zu sein. Als Reaktion auf soziale und kulturelle Entwurzelung im Kontext von Modernisierung und Globalisierung wird die Rückbesinnung auf scheinbar sichere und ewige Werte wieder aktuell, modern. Dabei erscheinen die Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten besonders absurd. Aber es sei nur an den Dreißigjährigen Krieg in Europa oder an den Nordirlandkonflikt erinnert, um vor Überheblichkeit zu warnen. Auch die Gewalt zwischen Hindus und Muslimen bzw. Sikhs ist erneut aufgeflammt – wie bei der Unabhängigkeit bzw. Aufteilung Indiens vor über 60 Jahren. Weiterhin schwelt der Tibetkonflikt, und auch das Aufbegehren muslimischer Minderheiten in China ist unübersehbar.

Daneben haben auch ethnische Konflikte, teilweise sich mit religiösen Konflikten überlagernd, enorm zugenommen. An Europas Rand dauert der Kurdenkonflikt an, der sowohl die Türkei als auch den Iran, den Irak und Syrien berührt. Der bereits erwähnte Zypernkonflikt ist gleichfalls nicht geregelt. Der Sudan, Ruanda und Burundi sind weitere schreckliche Beispiele ethnischer Konflikte, bei denen die internationale Gemeinschaft hilflos war und ist. Auch die Suche nach (blutigen) Diamanten in Sierra Leone und Liberia wird von ethnischen Konflikten überschattet. Und in all diesen Konflikten wurden Kindersoldaten eingesetzt – mit verheerenden Folgen.

Das Weltsystem hat sich durch die Globalisierung weiterentwickelt. Die Abhängigkeiten sind gewachsen. Für die Dritte Welt hat dies eine zunehmende Peripherisierung zur Folge. Die Konzentration der ökonomischen und politischen Macht und der kulturellen Hegemonie (Massenmedien) in einigen globalen Zentren hat die Ungleichheit verstärkt.

Darüber sollten die diversen Finanzkrisen nicht vergessen werden, die aufgrund der hektischen Integration in den Weltmarkt plus Devisenspekulationen die Welt nach 1989 erschütterten: die Asienkrise 1997, die Ver-

schuldungskrisen in Mexiko, Argentinien und Brasilien. Der Internationale Währungsfonds sowie die Weltbank sind die Institutionen, die globale wirtschaftliche Stabilität seit den Abkommen von Bretton Woods 1944 garantieren sollen. Dies ist – einschließlich der jüngsten Krise 2008 – immerhin besser gelungen als 1929. Dennoch schieben beide Institutionen die Neuverteilung der Verantwortung zwischen den Drei Welten seit langem vor sich her. Die Führungspositionen werden jeweils weiterhin von der Ersten Welt, konkret von den USA und der EU, besetzt. Der frühere Chefökonom der Weltbank, *Joseph E. Stiglitz*, hat eine sehr kritische Bestandsaufnahme geliefert.

Die Welthandelsorganisation (WTO) wurde nach dem Ende der Blockkonfrontation 1995 als Nachfolgeorganisation des *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) gegründet und hat derzeit 153 Mitglieder. Interessanterweise ist 2001 China Mitglied geworden, Russland aber noch immer nicht.

Eine Sonderrolle spielen in diesem Kontext die Ölstaaten, die sich größtenteils in der OPEC zusammengeschlossen haben. Aufgrund ihres Pro-Kopf-Einkommens wären sie zur neuen Zweiten Welt zu zählen. Die Endlichkeit ihrer Ressourcen zwingt sie jedoch zu seltsamen Strategien, die das Überleben dieser zumeist autoritären und religiösen Regime garantieren sollen. Denn deren arbeitende und produktive Bevölkerung besteht ganz überwiegend aus ImmigrantInnen aus anderen arabischen bzw. afrikanischen und asiatischen Ländern. Ein ungeheurer sozialer und politischer Sprengstoff sammelt sich dort an.

VII. Zwischenbilanz – Eine technische Revolution fand etwa parallel mit den verschiedenen politischen Revolutionen und fast genauso geräuschlos statt, vielleicht sogar mit größeren Auswirkungen: das Internet. Damit ist die Transparenz, eine Voraussetzung von Demokratie, potentiell enorm angestiegen. Die digitale Vernetzung ermöglicht aber nicht nur demokratischen Kräften, sondern auch Terroristen, Fundamentalisten, sich zusammenzuschließen und zu koordinieren.

Das entscheidende Kriterium für den Erfolg von Politik ist m.E. die Verbesserung der Lebensqualität. Diese ist nun sicherlich nicht einfach zu bestimmen, und je nach Interessenlage gibt es dafür unterschiedliche Kriterien und Bewertungssysteme (G. Széll / U. Széll 2009). Unumstritten gehört aber Gesundheit dazu. Trotz der weltweiten AIDS-Epidemie, die sich gerade in den letzten beiden Jahrzehnten enorm verbreitet und insbesondere im südlichen und Ostafrika zu einer Verringerung der Lebenserwartung geführt hat, steigt dennoch dank besserer Gesundheitsversorgung und der Aktivitäten der Weltgesundheitsorganisation die Lebenserwartung global. Die existenzielle Grundsicherung ist aber bei Weitem nicht gewährleistet.

Trotz der Wirtschaftswunder in China, Indien und Brasilien haben zwei Milliarden Menschen noch immer kein sauberes Trinkwasser, eine Milliarde Menschen hungert, 50 Millionen Menschen sterben jährlich an Nahrungsmangel. Der UNO-Sonderbeauftragte für Ernährung, der Schweizer Soziologe *Jean Ziegler*, prangert diese Missstände seit Jahren vergeblich an. Aber auch Drogen – einschließlich Tabak und Alkohol – verkürzen die Lebenserwartung erheblich, derzeit zuvörderst in der GUS.

Erfreulicherweise hat in den letzten beiden Jahrzehnten sowohl in Asien, Lateinamerika und Teilen Afrikas eine Demokratisierung stattgefunden. Waren noch 1989 autoritäre Regime unter den UN-Mitgliedern in der Mehrheit, so hat sich dieses Verhältnis mittlerweile umgekehrt. Nicht nur das Ende der Diktaturen in Südkorea und Taiwan – *de facto* ab 1992 – waren dabei Meilensteine. Die Forderungen nach allgemeinen Menschen-, aber auch Sozialrechten waren dabei eine treibende Kraft. Interventionen aus humanitären Gründen sind erst seither international gebilligt, obwohl sie bereits in der UN-Charta von 1945 enthalten sind. Die Verbreitung westlicher Werte wie Demokratie und Menschenrechte als Universalwerte stieß aber insbesondere in islamischen Ländern auf Widerstand. So hat insbesondere der frühere Premierminister Malaysias, *Mahathir bin Mohamad*, die Position vertreten, dass westliche Werte wie Demokratie und Menschenrechte nicht allgemeingültig seien – obwohl Malaysia Mitglied der UNO ist und damit deren Charta mit eben diesen Prinzipien gebilligt hat. Dr. Mahathir sprach offenbar nur aus, was viele autoritäre Regime als Legitimation für ihre Herrschaft beanspruchen.

Die Errichtung des *Internationalen Strafgerichtshofs* 1998 bzw. 2002 kann als wesentlicher Fortschritt betrachtet werden, um Frieden und Menschenwürde zu bewahren. 106 Staaten sind ihm bisher beigetreten. Die Errichtung kann sicherlich als Ergebnis des Endes der Blockkonfrontation interpretiert werden. Wenn auch einige Schönheitsfehler noch vorhanden sind: Obwohl die Idee ursprünglich aus den USA stammt, haben die USA den Vertrag bisher noch nicht ratifiziert – ein weiterer Praxistest für den neuen Friedensnobelpreisträger Barack Obama. Aber auch die Tschechische Republik hat als einziges EU-Mitglied den entsprechenden Vertrag nicht unterzeichnet.

Haupt Herausforderungen für die Menschheit sind jedoch weiterhin die Bewahrung der Umwelt sowie Entwicklung und Frieden, kurzum die Zukunftsfähigkeit der Menschheit. Trotz zahlreicher Abkommen wie das Kyoto-Protokoll von 1997 ist die Umweltverschmutzung insbesondere durch die Schwellenländer in den letzten Jahrzehnten enorm angestiegen. China hat als größter Umweltverschmutzer sogar die USA überholt – wenn auch noch nicht pro Kopf seiner Bevölkerung. Insofern ist eine Post-Kyoto-Regulierung, wie sie auf dem Klimagipfel in Kopenhagen im De-

zember 2009 angestrebt wurde, unumgänglich. Die EU hat sich dabei zum Vorreiter gemacht; die Ergebnisse der Konferenz waren leider nicht sehr vielversprechend.

Zum Glück hat die De-Industrialisierung in den ehemaligen sozialistischen Ländern – einschließlich der ehemaligen DDR – der Umwelt eine kleine Verschnaufpause gegeben. Erwähnt seien auch die »Rio-« und Folgekonferenzen »Umwelt und Entwicklung« seit 1992, aufbauend auf dem *Brundtland*-Report von 1987. Auch diese haben zwar die soziale Verantwortung der Unternehmen gestärkt, zu COMPAQ 2000 der UN geführt, aber all dieses ist weder bei Wahlen noch in der öffentlichen Debatte ein zentrales Thema.

Im Jahr 2000 hatten die Vereinten Nationen fast einstimmig acht Millenniumsziele verabschiedet, die bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen. Die Hälfte der Zeit ist verstrichen, und nur ein Bruchteil ist verwirklicht. Es ist höchst fraglich, ob diese Ziele – insbesondere im Kontext der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise – erreichbar sind. Schon die seit einigen Jahrzehnten avisierten 0,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die die reichen Länder als Entwicklungshilfe vergeben sollen, sind bei Weitem – mit Ausnahme einiger skandinavischer Länder – unerreicht, wobei sogar Militär- und Polizeihilfe häufig als Entwicklungshilfe gerechnet wird.

Tabelle 2: Die UN-Millenniumsziele bis 2015

1. *Bekämpfung von extremer Armut und Hunger*
2. *Primarschulbildung für alle*
3. *Gleichstellung der Geschlechter / Stärkung der Rolle der Frauen*
4. *Senkung der Kindersterblichkeit*
5. *Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter*
6. *Bekämpfung von HIV / AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten*
7. *Ökologische Nachhaltigkeit*
8. *Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung*

Perverserweise hat die US-Intervention in Afghanistan 2001 und insbesondere im Irak 2003 das heruntergewirtschaftete und korrupte russische System gestärkt. Direkter Anlass der US-Intervention im Irak 2003 war, dass der Irak unter Saddam Hussein kurz davor stand, sowohl mit den französischen Konzernen Elf-Total als auch mit russischen Energiegiganten Verträge abzuschließen und US-Konzerne auszuschließen. Die Nichtbetei-

ligung Frankreichs an der Irakintervention ist von daher zu verstehen. Denn Frankreich scheut sich seit Jahrzehnten keineswegs insbesondere in Afrika zu intervenieren, wenn es seinen Interessen nützt.

Die bisherigen Krisenherde werden sicherlich weiter köcheln, jedoch wird es aller Wahrscheinlichkeit nach keine großen, heißen Konflikte mehr wie zu Zeiten der Blockkonfrontation im Interesse des US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes (Baran / Sweezy 1967) geben. Die großen ungelösten Probleme der nächsten Jahre und Jahrzehnte sind der Nahost-Konflikt – mit Palästina und Israel im Mittelpunkt, aber sicherlich auch den Libanon, Syrien, Iran und den Irak umfassend, wenn nicht die ganze arabische Halbinsel. Verteilungskonflikte gibt es auch in anderen Öl produzierenden Ländern Sudan, Nigeria, Gabun etc.

Schließlich die Frage der *Atomwaffen*. Ein Teil der Probleme – Iran, Nordkorea – ist direkt daran gekoppelt, aber wir wissen auch, dass eine Reihe von Ländern wie Pakistan, Indien oder Israel diese Waffen besitzen. Obamas Aufruf zur Abschaffung aller Atomwaffen im April 2009 in Prag war sehr mutig. Die UN folgte ihm im September 2009. Wenn die Einsicht um sich greift, dass kein Problem jemals durch Waffen gelöst worden ist, sondern ganz im Gegenteil neue geschaffen worden sind, wäre die Menschheit einen Riesenschritt weiter zur Bewahrung dieses Planeten, unserer Spezies und der Zivilisation.

VIII. Kommt es zu einer erneuten Blockbildung und -konfrontation? – In den letzten Jahrzehnten hat gleichzeitig mit der Globalisierung auch eine Regionalisierung mit der Errichtung zahlreicher Institutionen stattgefunden. Der mächtigste Zusammenschluss ist die 1960 gegründete OECD mit derzeit 30 Mitgliedsländern, den Industrieländern Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, die USA. Beitrittsverhandlungen werden mit Chile, Estland, Israel, Russland und Slowenien geführt. Um Aufnahme bemühen sich auch Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika.

Die bekannteste und trotz aller derzeitigen Probleme mit den Reformprozessen und neonationalistischen Tendenzen relativ erfolgreichste transnationale Institution ist die EU. In diesem Kontext sind aber auch die OSZE und der Europarat zu erwähnen. Mittlerweile versucht sich die EU als internationaler Akteur. Sie ist als Institution neben den Nationalstaaten in den meisten internationalen Organisationen mit Sitz und Stimme vertreten, hat 2008 die Mittelmeerunion ins Leben gerufen und führt regelmäßig Kooperationsgespräche mit dem Mercosur, der ASEAN, der SAARC etc.

Nach dem Vorbild der EU entstanden sowohl der Mercosur als auch die Afrikanische Union. Die *Southern African Development Community* (SADC) wurde 1992 gegründet als Nachfolgeorganisation der im Juli 1979 in Arusha (Tansania) gebildeten Südafrikanischen Entwicklungskonferenz (SADCC). Sie ist auch nach dem Vorbild der EU zunächst einmal eine Wirtschaftsunion, die bis 2018 eine eigene Währung schaffen will. Mitgliedstaaten sind Angola, Botswana, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Swasiland und Tansania.

Auf dem amerikanischen Doppelkontinent existieren die Organisation Amerikanischer Staaten, die NAFTA, die Gemeinschaft der Andenländer (CAN). Der Organisation namens Union der Südamerikanischen Nationen (Unasur) gehören Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Französisch-Guayana, Paraguay, Peru, Surinam, Uruguay und Venezuela an (2008). Und schließlich gibt es noch den Lateinamerika- und Karibikgipfel (*Cumbre de América Latina y del Caribe*, CALC).

Auch in Asien sind regionale Verbände entstanden. Als Erstes der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), der 1967 von Thailand, Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Singapur als antikommunistisches Bollwerk gegründet wurde. Seit 1984 ist Brunei Mitglied. In den 1990er Jahren kamen Vietnam (1995), Myanmar und Laos (1997) sowie Kambodscha (1999) hinzu. Mit 575 Millionen Menschen (zwölf Prozent der Weltbevölkerung) hat der Verband mehr Einwohner als die EU. In der neuesten Entwicklung erweiterte sich der ASEAN – plus 3+3 (China, Japan, Republik Korea; Australien, Neuseeland, Indien) – und gewinnt damit noch mehr an Gewicht. Zu erwähnen ist auch die Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation (auch: Südasiatische Wirtschaftsgemeinschaft) oder kurz SAARC, die 1985 gegründet wurde und derzeit acht Mitglieder hat: Indien, Pakistan, Bangladesch, Nepal, Sri Lanka, Bhutan, die Malediven und Afghanistan. China, Japan, die Europäische Union, Südkorea, die USA und der Iran besitzen Beobachterstatus.

Da die USA fürchteten, durch diese Entwicklungen die Kontrolle über wesentliche Teile der Weltwirtschaft zu verlieren, gründeten sie 1989 die »Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit« (APEC). 1999 entstand zudem das *East Asia-Latin America Forum* (EALAF).

In der arabischen Welt versucht die Arabische Liga seit 1945 die arabischen Interessen zu koordinieren. Sie besteht aus 22 Mitgliedern: 21 Nationalstaaten in Afrika und Asien sowie Palästina. Daneben gibt es auch seit 1965 die Organisation der Islamischen Konferenz mit derzeit 57 Mitgliedstaaten.

Trotz all dieser Zusammenschlüsse wurden gleichzeitig zahlreiche bilaterale Verträge geschlossen – besonders auf Initiative der USA, die unter

George W. Bush, aber auch seinen konservativen Vorgängern damit systematisch ihre eigene Position stärken und die internationalen Organisationen, aber auch Konkurrenten (EU, Japan) schwächen wollten.

Der Hauptakteur in der Zukunft ist aber höchstwahrscheinlich China.

Unübersehbar ist: Wir leben mehr als je zuvor in einer multipolaren Welt. Wäre in dieser Welt ein neuer »Berliner Kongress« wie von 1884, bei dem die Welt in Interessensphären aufgeteilt wurde, eine Lösung zur Stabilisierung der Verhältnisse? Zweifelsohne nicht, denn diese scheinbar friedliche Koexistenz diente damals insbesondere dem Wilhelminischen, dem Zweiten Deutschen Reich, nur dazu, seine Kriegsflotte mit Hilfe der deutschen Rentenversicherung aufzubauen, um nach der Weltherrschaft zu greifen. Und auch Konferenzen wie die von Jalta und Potsdam 1945 zur Aufteilung der Welt sind zum Glück heute undenkbar.

Seit 1945 gibt es die *Vereinten Nationen*. Sie sind an sich der Garant für die Vermeidung von Blockkonfrontationen. Aber als Relikt des Zweiten Weltkriegs ist das höchste Organ noch immer der Sicherheitsrat mit seinen fünf Vetomächten. Eine Reform dieser Institution mit der Abschaffung des Vetorechts und einer angemessenen Beteiligung der Dritten Welt ist für ein friedliches Zusammenleben und den Klimaschutz unabdingbar. Bisher waren es wiederum in erster Linie die USA, die entsprechende Reformen verhinderten. Die Obama-Administration und die Demokraten mit ihrer überwältigenden Mehrheit in beiden Häusern werden an diesen Ansprüchen gemessen werden. Wie sagte Michail Gorbatschow vor zwanzig Jahren so zutreffend? – »Wer zu spät kommt ... «.

Das Ende der Blockkonfrontation 1989 war nicht das Ende der Geschichte. Zweifelsohne hat sich die Welt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs dramatisch verändert, jedoch keineswegs so, wie von vielen erhofft oder gewünscht. Von einer »Friedensdividende« ist nichts zu sehen. Ganz im Gegenteil: es wird für Militär mehr ausgegeben als je zuvor in der Geschichte – auch wenn dies glücklicherweise für Deutschland nicht zutrifft. Und es gibt mehr bewaffnete Konflikte als je zuvor. Und auch im Alltag nimmt die Gewalt zu: Sei es als Amoklauf, als Pogrom gegen Ausländer, als Brutalität gegen Wehrlose. Scheinbar stellt sich die Frage heute wie vor weit über hundert Jahren, als *Friedrich Engels* formulierte:

»Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus« – im Sinne eines Sozialismus mit einem menschlichen Antlitz, eines zeitgemäßen Humanismus könnte man auch sagen – »oder Rückfall in die Barbarei.«

Es liegt an uns allen, ob die eine oder die andere Option verwirklicht wird.

- 1 Der Beitrag geht zurück auf einen Vortrag in der Volkshochschule der Stadt Osnabrück am 13. Oktober 2009 im Rahmen der Veranstaltungsreihe »1989-2009 – Eine Bilanz für die Dritte Welt« des Colloquiums »Dritte Welt – Umwelt und Entwicklung«.

Literaturhinweise

- Helmut Altrichter: *Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums*. München 2009.
- Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster 2005.
- Paul Baran / Paul Sweezy: *Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*. Frankfurt/M. 1967.
- Wiking Ehler / Raymond Russell / György Széll (Hg.): *Return of Work, Production, and Administration to Capitalism*. Frankfurt/Bern/New York 1994.
- Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992.
- Denis Harrisson / György Széll / Reynald Bourque (Hg.): *Social Innovation, the Social Economy and World Economic Development. Democracy and Labour Rights in an Era of Globalization*. Frankfurt/M. et al. 2009.
- Samuel P. Huntington: *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. Wien 1996.
- Aschot Manutscharjan: *Die Gorby-Show. Wendejahr 1989. Der Anfang vom Ende der Sowjetunion*. In: *Das Parlament*, Nr. 41, 5. Oktober 2009, S. 23.
- Wolfgang Mehte: *Ökologie und Marxismus. Ein Neuanatz zur Rekonstruktion der politischen Ökonomie unter ökologischen Krisenbedingungen*. Hannover 1981.
- George Soros: *Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr*. Berlin 1998.
- Joseph Stiglitz: *Die Schatten der Globalisierung*. Berlin 2002.
- György Széll (Hg.): *Labour Relations in Transition in Eastern Europe*. Berlin / New York 1992.
- Ders.: *Yugoslavia*. In: György Széll (Hg.): *Concise Encyclopaedia of Participation and Co-Management*. Berlin / New York 1992, S. 981-986.
- Ders.: *Friedenswissenschaft und Konversionsforschung angesichts des Endes des Ost-West-Konflikts*. In: Eberhard Fehrmann / Frank Neumann (Hg.): *Gorbatschow und die Folgen. Am Ende eines Zeitalters*. Hamburg 1992, S. 113-123.
- Ders.: *Umwelt – Entwicklung – Frieden: Lösungsbedürftige Probleme aus der Sicht der interdisziplinären Wissenschaften*. In: Klaus Bosshardt (Hg.): *Problembereiche interdisziplinärer Forschung*. Bern et al. 1999, S. 151-168.
- Ders.: *Ein Europa mit menschlichem Antlitz*. In: Klaus Busch / György Széll u.a. (Hg.): *Wege zum sozialen Frieden in Europa*. Osnabrück 1999, S. 354-371.
- Ders.: *Der Kosovo-Konflikt und der Westfälische Frieden*. In: *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft*, Bd. 7 / 2000, S. 211-229.
- Ders.: *Die US-amerikanische Aggression im Irak und die Zukunft des Nationalstaats*. In: *Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft*, Bd. 11 / 2004, S. 166-175.
- Ders.: *Demokratie und Nachhaltige Entwicklung*. In: Kimura Goro (Hg.): *Umwelt in Deutschland*. Tokio 2006, S. 56-75 (Studienreihe des Instituts für die Kultur der deutschsprachigen Länder, Nr. 02).
- Ders.: *Demokratietheorien heute*. In: *Sozialwissenschaftliche Literaturreisenschau*, Jg. 31, Nr. 56, 1 / 2008, S. 32-38.
- Ders.: *1968 und die Sozialwissenschaften*. In: *Hitotsubashi Journal of Social Sciences*, Vol. 41, Nr. 2, Dez. 2009, S. 59-87.
- Ders. / Carl-Heinrich Bösling / Ute Széll (Hg.): *Education, Labour & Science – Perspectives for the 21st Century*. Frankfurt/M. et al. 2008.
- Ders. / Wiking Ehler (Hg.): *New Democracies and Old Societies in Europe*. Frankfurt/M. 2001.
- Ders. / Werner Kampeter / Woosik Moon (Hg.): *European Social Integration – A Model for East Asia?* Frankfurt/M. et al. 2009.
- Ders. / Ute Széll (Hg.): *Quality of Life & Working Life in Comparison*. Frankfurt/M. et al. 2009.